Dezernat 5, 02.11.2026, 5235

Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 3.11.2026 (Drucks.-Nr. 2230/2025-2030)

Thema:

Auswirkungen der Kürzungen im Bundeshaushalt auf die Asyl- und Migrationsberatungen in Bielefeld

Frage: Welche Auswirkungen auf bestehende Projekte und Beratungsangebote sind nach derzeitigem Kenntnisstand bei Umsetzung der Kürzungen in Bielefeld zu befürchten — in den Bereichen Asylverfahrensberatung, Jugendmigrationsdienst (JMD) und Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)?

Der Caritasverband Bielefeld e.V. hat sich bereits Anfang dieses Jahres vollständig aus der Migrationsberatung zurückgezogen. Darüber hinaus hat der Verband auch seine Mitarbeit im Willkommensbüro beendet.

Die Diakonie für Bielefeld gGmbH hat angekündigt, die MBE-Stelle, die aufgrund des Renteneintritts eines Mitarbeiters zum Jahresende frei wird, nicht nachzubesetzen. Damit wird sich die Diakonie ebenfalls aus der Migrationsberatung zurückziehen und in der Folge auch ihre Mitarbeit im Willkommensbüro beenden.

Der AWO-Kreisverband Bielefeld e. V. hat angekündigt, sich ab dem kommenden Jahr nicht mehr an der Beratung im Willkommensbüro zu beteiligen. Als Begründung nennt die AWO den erheblich gestiegenen Zulauf sowie die zunehmende Komplexität der Beratungsfälle in den eigenen Beratungsstellen.

Auch beim Jugendmigrationsdienst (JMD) besteht die Gefahr, dass freiwerdende Stellen künftig nicht mehr nachbesetzt werden.

Ab 2027 soll die unabhängige Asylverfahrensberatung nicht mehr durch den Bund gefördert werden. Dies gefährdet die Arbeit der bisherigen Beratungsstellen (AK Asyl e.V. und IMAG e.V.) in ihrem Bestand. Sie lässt sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur über ausreichende Spenden sichern. Der Wegfall der Bundesförderung stellt einen erheblichen Einschnitt dar. Ohne diese Mittel wird das Beratungsangebot voraussichtlich nicht in seiner bisherigen Form aufrechterhalten werden können.

Die konkreten Auswirkungen auf die Beratungsstrukturen und die betroffenen Träger lassen sich derzeit noch nicht abschließend einschätzen, da finale Entscheidungen des Bundes noch ausstehen.

Die Sparmaßnahmen führen zu einem deutlichen Abbau von Beratungs- und Betreuungsressourcen in Bielefeld. Die offenen Sprechstunden im Willkommensbüro wurden aufgrund der eingeschränkten personellen Ressourcen bereits reduziert. Zudem drohen beim Jugendmigrationsdienst weitere personelle Engpässe. Die Folgen sind längere Wartezeiten, geringere Beratungskapazitäten und eine erschwerte Unterstützung für Zugewanderte. Weil auch bei der städtischen Migrationsberatung Einsparungen vorgesehen sind, können die Ausfälle bei den freien Trägern nicht durch die Stadt aufgefangen werden.

1. Zusatzfrage: Mit welchem zusätzlichen Arbeitsaufwand und Beratungsbedarf rechnet die Verwaltung bei den kommunalen Stellen, wenn Beratungsstellen wegfallen oder Kapazitäten reduziert werden?

Der Wegfall von Beratungsangeboten freier Träger und die Reduzierung bestehender Beratungskapazitäten werden voraussichtlich zu einem erhöhten Beratungsbedarf und einer zusätzlichen Arbeitsbelastung der kommunalen Stellen führen. Gleichzeitig sind auch die kommunalen Dienste von personellen Einsparungen betroffen und müssen ihre Aufgaben mit reduzierten Personalressourcen bewältigen. Es droht eine Überlastung der verbleibenden kommunalen Beratungsstrukturen. Es besteht die Gefahr, dass Zugewanderte nicht mehr bedarfsgerecht, zeitnah und umfassend beraten und begleitet werden können. Erfolgreiche Integrationsprozesse werden deutlich erschwert.

2. Zusatzfrage: Hat die Stadt bereits Kontakt zu den Bielefelder Trägern, zum Städtetag oder zum Bund aufgenommen, um sich aktiv für den Erhalt der Beratungsstrukturen einzusetzen?

Die Stadt Bielefeld steht in regelmäßigem Austausch mit der Bielefelder Trägerlandschaft. Im Rahmen der Lenkungsgruppe KIM wurden zuletzt die Kürzungen des Bundes im Integrationskursbereich thematisiert. Im Dezember steht eine gemeinsame Konzeptualisierung der Zusammenarbeit in der Migrationsberatung an, um die Abstimmung im Beratungssystem weiter zu verbessern, Schnittstellen zu bearbeiten und Ressourcen zu schonen. In den gemeinsamen Netzwerken (Stadt Bielefeld und Trägerlandschaft) sind die Kürzungsmaßnahmen in den letzten Monaten immer wieder thematisiert worden. Dies hat zu Transparenz und gegenseitigem Verständnis geführt, jedoch führt die unsichere Zukunftsperspektive und geringe kommunale Einflussmöglichkeit zu Unsicherheit und Unruhe. Die KIM-Koordination weist gegenüber dem MKJFGFI in Austauschformaten immer wieder auf bestehende Bedarfe und Versorgungslücken hin – die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten sind jedoch begrenzt.

gez.
N ü r n b e r g e r
Erster Beigeordneter